

Der verpatzte Ausstieg

Mit seinem dilettantisch vorbereiteten Verbot der Wiederaufarbeitung verprellte Jürgen Trittin die Atomkonzerne und befreundete Regierungen. Scheitert eines der wichtigsten Projekte von Rot-Grün? Insgeheim planen deutsche Firmen, die Plutoniumwirtschaft in Rußland fortzuführen.

Freudig und aufgekratzt begrüßten die Grünen ihren Kanzler. Doch der Besucher von der großen Regierungspartei war gar nicht so aufgeräumt wie gewohnt.

Ernst redete Gerhard Schröder schon am vorletzten Wochenende den Grünen ins Gewissen: Mit dem Einstieg in die doppelte Staatsbürgerschaft und dem Ausstieg aus der Atomenergie hätten sie jetzt schon mehr bekommen, als sie in ihren kühnsten Träumen erwarten konnten. Nun sollten sie – besonders in der Atomfrage – zurückstecken: „Ihr kennt die Widerstände auch bei unserer eigenen Klientel.“

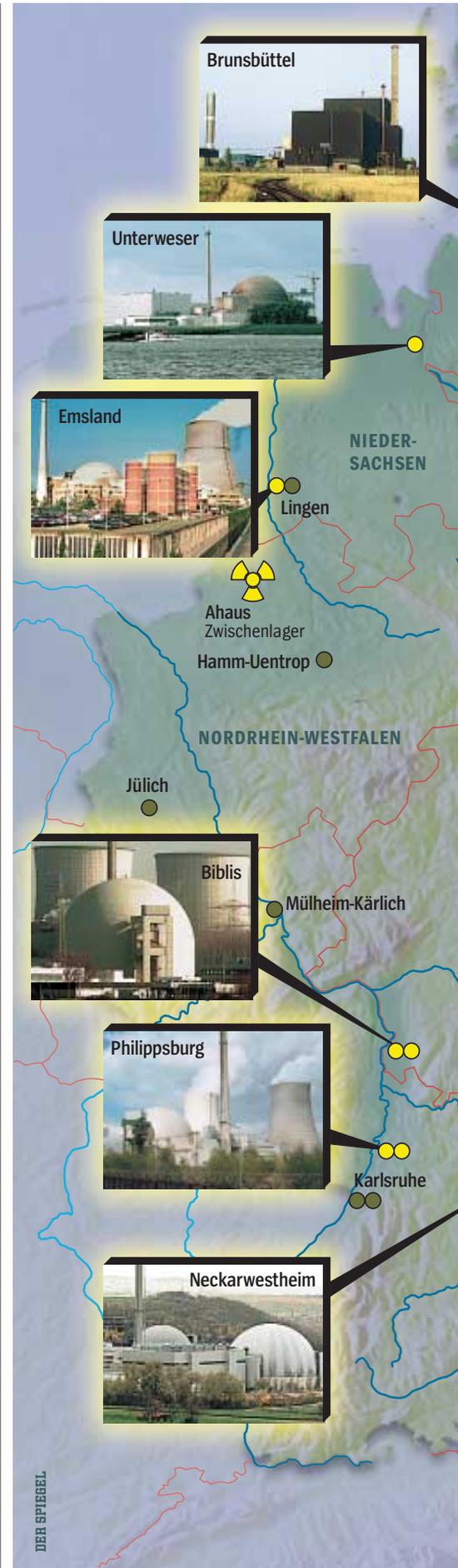
Zudem ist sich Bundeskanzler Schröder sicher: „Der Ausstieg kann nur laufen, wenn wir Kontakt halten mit unserer Industrie.“

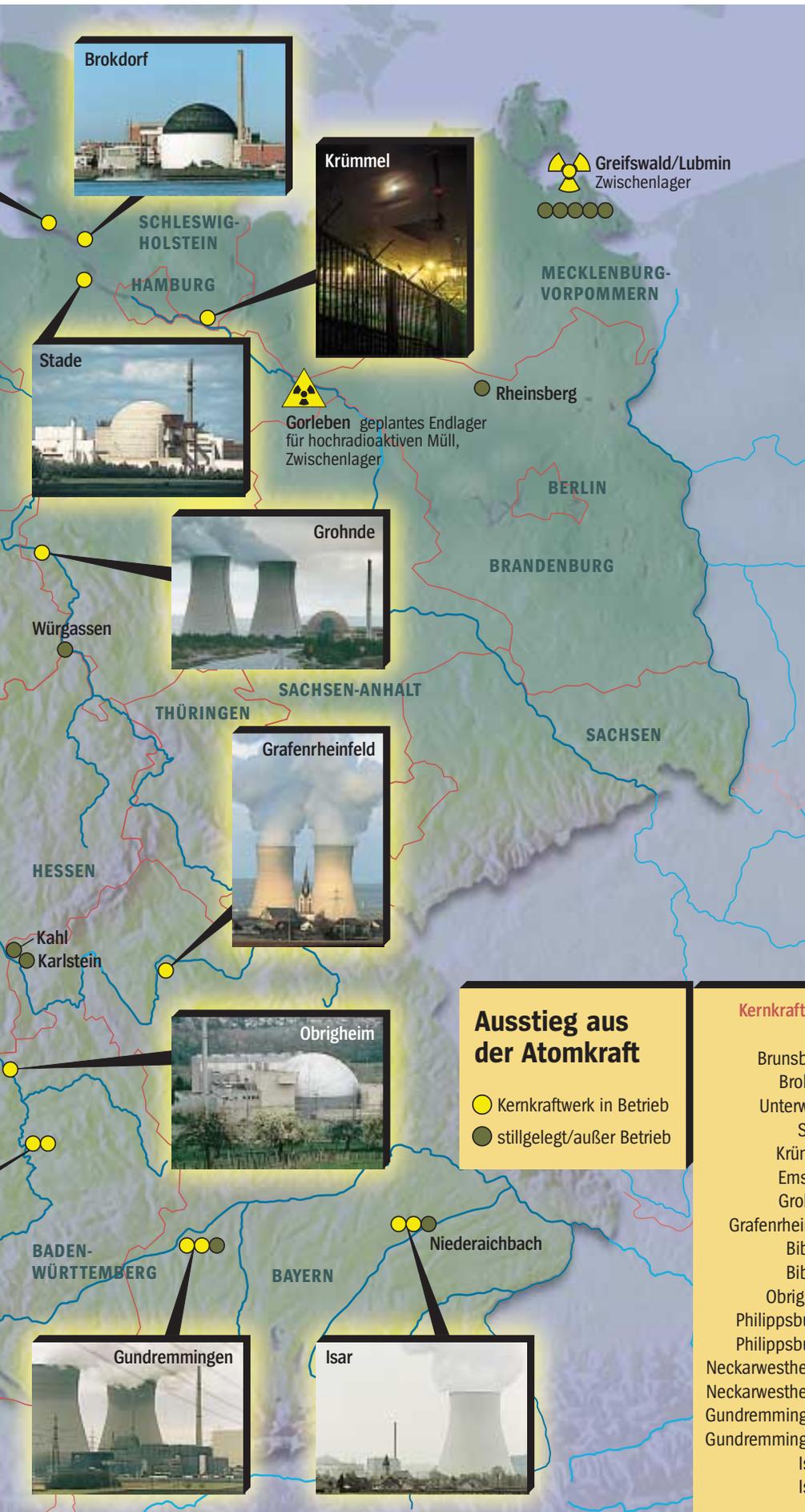
Der angekündigte „geordnete und sichere Ausstieg“ aus der Kernenergie wird von Tag zu Tag unordentlicher und unsicherer. Denn die nicht wenigen Gegner der Regierung vereinigen sich zu einer geschlossenen Front für den Bonner Atom-Krieg.

Der Kanzler reagiert mit Rückzug. An diesem Dienstag will er gemeinsam mit Umweltminister Jürgen Trittin, Wirtschaftsminister Werner Müller und einem halben Dutzend Bossen aus der Atomindustrie die ersten Konsensgespräche über halbwegs haltbare und nicht übermäßig teure Kompromisse führen. Dann ist der Ausstiegstermin 2000 für die Wiederaufarbeitung ebenso verhandlungsfähig wie der Text der Atomnovelle, die am Tag darauf im Kabinett behandelt werden soll.



Koalitionspartner Trittin, Schröder: Zu laut, zu voreilig, zu egomanisch





Allzu mächtig ist die Phalanx der Gegner. Die Stromkonzerne lehnen die von der Regierung beschlossene Novelle des Atomgesetzes kategorisch ab, weil sie um die Restlaufzeiten ihrer einträglichen Meiler fürchten. Der französische Premierminister Lionel Jospin besteht auf milliardenschweren Entschädigungen ebenso wie der Brite Tony Blair. Schon bald wollen die Cogema in La Hague und die British Nuclear Fuels (BNFL) in Sellafield Hunderte Tonnen deutschen Atommülls zurückschicken.

Zum Protest in Bonn rüsten bereits die Bürgerinitiativen rund um das niedersächsische Zwischenlager Gorleben. Auch die Freunde der Kernkraft werden sich am Sitz der Regierung einfinden. Mindestens 10 000 Bedienstete aus Atomkraftwerken, schätzen Gewerkschafter, wollen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze demonstrieren.

An der Überzeugung, daß die Nutzung der Kernenergie gesellschaftlich nicht akzeptiert sei, hält Kanzler Schröder weiter fest, wie auch an dem Glauben, daß ein Umstieg in „eine wettbewerbsfähige und moderne Energieversorgung“ sehr wohl im Interesse der Industrie liege.

Doch Rot-Grün kommt ausgerechnet bei einem ihrer Lieblingsprojekte in Not. Der Dilettantismus der vorigen Woche erinnert stark an den chaotischen Fehlstart der Regierung, der jetzt eigentlich vergessen gemacht werden sollte. Das Grundmuster ist gleich: zu laut, zu voreilig, zu egomanisch und offenbar ohne Koordination untereinander melden sich die beteiligten Minister zu Wort.

Ungestümer als Minister Trittin hat lange kein deutscher Politiker auf den nationalen Empfindlichkeiten der Nachbarn herumgetrampelt. Arglos sagt er: „Wir, also: Gerhard, Joschka, Oskar und ich, wir

Ausstieg aus der Atomkraft

- Kernkraftwerk in Betrieb
- stillgelegt/außer Betrieb

Kernkraftwerk Lagerkapazität erschöpft im Jahr

Kernkraftwerk	Lagerkapazität erschöpft im Jahr			
	1999	2001	2003	2005
Brunsbüttel				
Brokdorf				
Unterweser				
Stade				
Krümmel				
Emsland				
Grohnde				
Grafenrheinfeld				
Biblis A				
Biblis B				
Obrigheim				
Philippsburg 1				
Philippsburg 2				
Neckarwestheim 1				
Neckarwestheim 2				
Gundremmingen B				
Gundremmingen C				
Isar 1				
Isar 2				

wollten einfach nur in Deutschland aus der Atomenergie.“

Ist es nur Ungeschicklichkeit, oder hat es gar Methode? Daß der Grüne Trittin vor aller Augen aufläuft, versetzt paradoxerweise den Bundeskanzler in seine Lieblingsposition: Bei den Konsensgesprächen am Dienstag kann er nun in seiner Paraderolle als nationaler Großmoderator glänzen. Schröder will die aufgeheizte Atmosphäre entspannen, zu Besonnenheit und Augenmaß aufrufen und die Gemeinsamkeiten betonen, um am Ende als Architekt des historischen Ausstiegs dazustehen.

So lautet der Plan. Um für dessen Gelingen wenigstens ein Mindestmaß an Vertrauen wiederherzustellen, trifft sich der Kanzler schon am Montag mit den Chefs von RWE, Veba, Viag und Energie Baden-Württemberg zum Krisengespräch im Kanzleramt.

Mit ein paar lockeren Sprüchen und jovialem Schulterklopfen wird es nicht getan sein. Denn die Verhandlungen, die tags dar-

Strahlendes Erbe

Wohin mit hochradioaktivem Müll?



Europäer Jospin, Blair: Forderung nach milliardenschweren Entschädigungen

auf im Kanzleramt beginnen, sind erst der Anfang eines konfliktreichen Prozesses, der sich – ähnlich wie das Bündnis für Arbeit – über Jahre hinziehen wird. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist ein gesellschaftliches Großprojekt, für den drittstärksten Standort der Weltwirtschaft ergeben sich daraus elementare Probleme.

Wie sind unabsehbare Milliardenklagen, national wie international, beim Ausstieg erst aus der Wiederaufarbeitung der Brennelemente, dann aus der ganzen Kernkraft

abzuwenden? Wohin mit mehr als 2000 Tonnen hochgefährlichem Atommüll? Wie lassen sich bürgerkriegsähnliche Schlachten zwischen Staat und Atomgegnern verhindern? Und vor allem: Wie wird die Energieversorgung, Rückgrat jeder Industriegesellschaft, künftig sichergestellt?

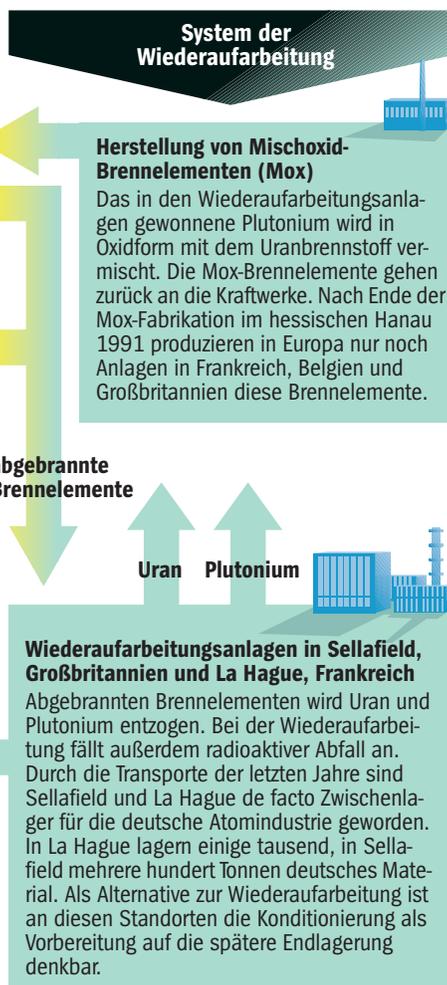
Ein Projekt ohne Beispiel: Zum erstenmal erklärt die Regierung per Gesetz eine ganze Industrie für obsolet. Das Sterben alter Wirtschaftszweige wie etwa der Kohle begleitet der Staat gewohnheitsmäßig mit gesetzlich abgesicherten Hilfen. Doch eine noch junge Technologie zu verbieten, hat bisher keine deutsche Regierung gewagt.

Es hat seine eigene Logik, daß die Kernkraftwerke jetzt von Staats wegen abgeschaltet werden sollen: Der Staat hat sie auch geschaffen. Wegen der engen Verbindung zur Waffentechnik war die Atomindustrie immer eine Wirtschaft der besonderen Art – staatlich kontrolliert, aber auch innig mit dem Staat verfilzt.

Das 1955 eingerichtete Bundesministerium für Atomfragen, im ersten Jahr von Franz Josef Strauß geführt, trieb die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie mit viel Geld voran. Mit mehr als 50 Milliarden Mark förderten der Bund und die Länder die Entwicklung der Kernenergie – mit einem Vielfachen der jetzt drohenden Entschädigungssummen.

Alle Parteien setzten zu Anfang begeistert auf die unerschöpfliche Zukunftenergie. Als 1973 die Ölkrise an die Endlichkeit der fossilen Energien erinnerte, legte die SPD/FDP-Regierung unter Willy Brandt ein „4. Atomprogramm“ auf und nahm unter dem Titel „integriertes Entsorgungsprogramm“ jene Wiederaufarbeitung in Angriff, die Kanzler Schröder nun beenden muß.

Im Prinzip sind auch die Energiekonzerne ausstiegswillig. Wohl nie wieder werden die Atomstromer hierzulande Geld in neue Nuklearfabriken stecken. Viel zu riskant sind die Milliardeninvestitionen, seit über die einstigen Monopolisten der Wettbewerb auf dem Strommarkt hereinbrach.



Doch ihre Meiler möchten die Unternehmenschefs natürlich so lange wie möglich laufen lassen.

Die Debatte ist emotional so hoch kontaminiert, daß man im ganzen „Pulverqualm von Vorwürfen und Beschuldigungen und Angstszenerien erst einmal die echten Argumente herauschälen muß“, sagt ein Vertrauter des Kanzlers.

Letztendlich kann sich Schröder zumindest darauf verlassen, daß keine Seite den ganzen Krieg wollen kann. Denn scheidet der Konsens, entgleitet der Regierung das Management des Ausstiegs. Statt dessen werden dann nationale wie internationale Gerichte die Bedingungen für den Abschied vom Nuklearstrom diktieren.

Bei den voraussichtlich ebenso kostspieligen wie langwierigen Verfahren würden jedoch, so heißt es im Kanzleramt, „zum Schluß nur Verlierer übrigbleiben“. Zu denen kann im schlimmsten Fall auch die rot-grüne Bundesregierung selbst

ausdrücklich zugesichert, daß die Koalitionäre vor Verhandlungsbeginn keine Fakten schaffen werden.

Doch dann beschloß Rot-Grün, daß im Jahr 2000 die Wiederaufarbeitung deutschen Atommülls in Frankreich und Großbritannien verboten wird. Bleibt es dabei, droht Viag-Lenker Wilhelm Simson nun, „ist für mich ein Energiekonsens nicht mehr vorstellbar“ (siehe Interview Seite 26). Auch Veba-Chef Ulrich Hartmann reagierte barsch: „Wenn wir überfordert werden, dann steigen wir aus.“

Die Nerven der Konzernchefs liegen blank. Sie fürchten den nuklearen Entsorgungsnotstand und damit ein jähes Meilersterben, wenn die Wiederaufarbeitung in einem Jahr verboten wird.

Denn in 16 der 19 deutschen Atomkraftwerke, so RWE-Chef Kuhnt, manglele es an Platz in den Abklingbecken. Dort warten die abgebrannten Brennelemente auf den Transport in die Wiederaufarbeitungs-

Die Konzernchefs haben wenig Vertrauen, daß der grüne Umweltminister Trittin allzu eilig den Transportstopp aufheben wird, den CDU-Vorgängerin und Atomfreundin Angela Merkel nach der Affäre um die verstrahlten Nukleartransporte im vergangenen Jahr verhängte.

Die Sorge der Energiemanager ist begründet. Trittins Ministeriale haben inzwischen einen umfangreichen „Kriterienkatalog“ zusammengestellt, den die Betreiber erst „abarbeiten“ müssen – bis dahin soll es beim Transportverbot bleiben.

So will der Umweltressortchef den Atomstromern künftig neue „technische Vorschriften für die Beladung“ der Nuklearcontainer, verfeinerte „Meßprogramme“ zum Aufspüren von Verstrahlungen sowie schärfere Anforderungen an die Behälter auferlegen.

Daß die rot-grünen Koalitionäre neue Zwischenlager an den Meilern genehmigen wollen, hilft den Stromern wenig.



Atomare Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield: Plutonium als unkalkulierbare Bedrohung

zählen. RWE-Chef Dietmar Kuhnt ließ bereits durchblicken: Wenn die Atomgespräche nicht zur Zufriedenheit der Industrie ausfielen, könne der Kanzler sein Prestigeprojekt „Bündnis für Arbeit“ auch gleich vergessen.

Derart zum Erfolg verdammt, bereitet der Kanzler jetzt den Konsens akribisch vor. Vergangenen Freitag beratschlagte er mit den Ministern Trittin und Müller die Strategie. Daß die Entsorgung der Meiler möglich bleibt, soll Priorität haben vor Terminen.

Die mächtigen Strombosse fühlen sich brüskiert von Schröder. Der habe ihnen Mitte Dezember in vertraulicher Runde

anlagen Sellafield und La Hague. Wenn die Brennstäbe künftig nur noch in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus verfrachtet werden dürfen, müssen sie erheblich länger im Wasser abkühlen als für die Tour zur Wiederaufarbeitung. Die Konsequenz: Die Becken füllen sich schneller als geplant, obgleich vielerorts schon heute dichtes Gedränge herrscht.

Binnen zwei Jahren, so errechneten Greenpeace-Experten, ist ohne Abtransporte in zwölf Lagern die Kapazität erschöpft. Für die Meiler Stade, Biblis A und B, Krümmel, Phillipsburg 1 und Neckarwestheim 1 könnte das Aus sogar schon in diesem Jahr kommen.

Transporte wären dann zwar überflüssig, aber bis die Anlagen stehen, vergehen voraussichtlich drei bis sechs Jahre.

Wider Willen könnte der grüne Umweltressortchef dennoch ganz schnell zum Atomtransportminister avancieren. Denn Franzosen und Briten drohen, den deutschen Atommüll eilig zurückzuschicken, sollte es beim Blitzausstieg aus der Wiederaufarbeitung bleiben: 3820 Tonnen Nuklearabfall türmen sich in La Hague, 550 Tonnen liegen in Sellafield. Für den Transport zurück in die Heimat wären rund 100 Castor-Fuhren fällig.

Noch gibt sich Trittin gelassen und tut so, als gehe es nur um technische Probleme.

„Wir haben keinen Spielraum“

Viag-Chef Wilhelm Simson über den Konflikt mit der Regierung um die Wiederaufarbeitung

SPIEGEL: Herr Professor Simson, die Chefs der Energiekonzerne sind an diesem Montag beim Kanzler zum Krisengespräch. Wollen Sie die Energiekonsensverhandlungen sprengen?

Simson: Nein, wir möchten Herrn Schröder in aller Offenheit darlegen, daß Konsensgespräche keinen Sinn ergeben, wenn es bei der Atomgesetznovelle bleibt, auf die sich SPD und Grüne vorab verständigt haben.

SPIEGEL: Was stört Sie daran?

Simson: Die Entscheidung, daß die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente vom Jahr 2000 an verboten werden soll, ist für uns völlig inakzeptabel. Der Termin läßt sich beim besten Willen nicht einhalten. Die Entsorgung unserer Kernkraftwerke wäre nicht mehr gewährleistet, schon sehr bald müßten zwangsläufig Reaktoren abgeschaltet werden.

SPIEGEL: Wiederaufarbeitung der Brennelemente ist für die Konzerne erheblich teurer als deren direkte Endlagerung. Warum leisten Sie Widerstand?

Simson: Wir sind ja bereit, der Bundesregierung beim Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung entgegenzukommen, wenn sie uns eine angemessene Übergangsfrist einräumt.

SPIEGEL: Was aber, wenn die Regierung dabei bleibt, daß ab 2000 endgültig Schluß ist mit der Wiederaufarbeitung?

Simson: Dann ist für mich ein Energiekonsens nicht mehr vorstellbar. Wir haben da keinen Spielraum. Die Existenz unserer Kraftwerke steht auf dem Spiel.

SPIEGEL: Haben Sie Probleme mit Umweltminister Jürgen Trittin?

Simson: Nach den jüngsten Vorfällen habe ich zu Herrn Trittin, vorsichtig ausgedrückt, ein gestörtes Vertrauensverhältnis. Er hat beispielsweise im Alleingang und ohne Ankündigung die Kommissionen für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz aufgelöst. Der Verdacht liegt nahe, daß es ihm dabei allein darum ging, die Energiekonzerne unter Druck zu setzen.

SPIEGEL: Die Berufung der Experten in diese Gremien, in denen bislang vorzugsweise Befürworter der Kern-



W. V. BRAUCHTISCH

Simson

energie saßen, ist Sache des Umweltministers.

Simson: Die Beratungsgremien haben in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet und sind mit dafür verantwortlich, daß wir in Deutschland die weltweit sichersten Kernkraftwerke haben. Über die künftige Besetzung der Gremien kann man ja reden. Aber es darf auf gar keinen Fall dazu kommen, daß die Reaktoren auf kaltem Wege stillgelegt werden.

SPIEGEL: Sie üben Kritik an einzelnen Vorfällen – weil Sie als Atommanager gegen den Ausstieg sein müssen.

Simson: Wir halten den Ausstieg aus der Kernenergie aus einer Vielzahl von Gründen für falsch, müssen aber den Primat der Politik respektieren. Die Geschlossenheit der Branche war nach meiner Einschätzung noch nie so groß wie heute.



Anti-Atom-Protest in Brokdorf (1976): Schwelende Brandstellen

SPIEGEL: Dagegen spricht allerdings der Rücktritt von PreussenElektra-Vorstandschef Hans-Dieter Harig von seinem Posten als Sprecher der Kernenergiebetreiber.

Simson: Herr Harig will sich auf seine Aufgaben als Vorstandsvorsitzender der PreussenElektra konzentrieren. Das müssen wir respektieren. Ich kann nur davor warnen, darin ein Anzeichen für Konflikte innerhalb der Energiewirtschaft zu sehen.

me. Großzügig erklärte er sich zur Rücknahme bereit. Doch Franzosen und Briten machten unmißverständlich deutlich, daß sie es dabei nicht bewenden lassen werden.

Die Regierungen pochen auf Verträge. Wenn die Zusammenarbeit „in Frage gestellt wird“, drohte Frankreichs Premier Jospin unverhohlen, „ist es wohl nötig, daß angemessene Entschädigungen gefunden werden“. Auch für Großbritannien dürfe es keine negativen Folgen geben, forderte Handelsminister Stephen Byers unmißverständlich: „Wir werden die Deutschen nicht vom Haken lassen.“

Paris und London, besorgt um Tausende Arbeitsplätze im eigenen Land, geben sich überzeugt, daß ihnen enormer Schadensersatz zusteht.

Wenn die Deutschen den Rückzug aus La Hague wie geplant vollzögen, klagten die Franzosen, entstünden der Wiederaufarbeitungsfirma Cogema Umsatzaufälle von rund neun Milliarden Mark. Die britische Staatsfirma BNFL hat Beträge von über drei Milliarden Mark errechnet.

Franzosen und Engländer verweisen auf einen Notenwechsel mit Deutschland aus dem Jahr 1990. Dort heißt es: „Beide Regierungen setzen dem Zugang der Stromerzeuger der Bundesrepublik Deutschland zu den Wiederaufarbeitungskapazitäten kein Hindernis entgegen.“

Die Briten bekamen es ein Jahr später noch genauer: „Beide Regierungen er-

klären, daß sie keinerlei Initiative in Form von Gesetzen oder Verordnungen zu ergreifen gedenken, die die ordnungsgemäße Erfüllung der Verträge verhindern würde.“

Wasserdicht, so argumentieren Franzosen und Briten, seien damit die zwischen deutschen Stromkonzernen und den Wiederaufarbeitern abgeschlossenen privatrechtlichen Verträge abgesichert.

Schon Ende der siebziger Jahre waren die ersten Kontrakte zustande gekommen. Diese „Altverträge“, unkündbar für die deutschen Stromer, laufen in diesem Jahr aus. Und egal, ob sie wiederaufarbeiten

„Böses Spiel“

Greenpeace-Energieexperte Roland Hipp über die Geheimverträge für Atommülllieferungen nach Rußland

SPIEGEL: Herr Hipp, macht die rot-grüne Regierung mit dem Atomausstieg jetzt Ernst?

Hipp: Daran zweifeln wir inzwischen. Da wird ein Ende der Wiederaufarbeitung verkündet, und zugleich sucht die deutsche Atomindustrie neue Wege, den Nuklearmüll zur Aufarbeitung und Endlagerung nach Rußland zu bekommen.

SPIEGEL: Warum ist Rußland so interessant für europäischen Atommüll?

Hipp: Das Angebot ist finanziell höchst attraktiv. Pro Kilogramm kostet derzeit die Aufarbeitung in Frankreich oder Großbritannien und eine spätere Endlagerung rund 4000 Mark – Rußland macht das alles für die Hälfte.

SPIEGEL: Die ehemaligen sowjetischen Militäranlagen haben Erfahrung im Umgang mit Plutonium.

Hipp: Aber in den Atomkomplexen Majak bei Tscheljabinsk und Krasnojarsk herrschen nach unseren Recherchen katastrophale Zustände.

SPIEGEL: Inwiefern?

Hipp: Nach dem Austritt von hochaktivem, flüssigem Atommüll in Majak in den fünfziger Jahren sind über 120 000 Menschen verstrahlt worden; nach russischen Angaben starben an den Langzeitfolgen 8000 Bewohner. In Krasnojarsk wird flüssiger Strahlenmüll über Pipelines in unterirdische Felsformationen verpreßt; die Folgen sind unerforscht. Aus ausgetrockneten Ablagebecken werden radioaktive Partikel übers Land verweht.

SPIEGEL: Die Gesetzeslage und die Koalitionsvereinbarung sehen nationale Entsorgung vor, also in Deutschland.

Hipp: Papier ist geduldig, Gesetze können geändert werden, wie wir bei La Hague und Sellafield sehen. Es geht darum, solche Vorhaben frühzeitig zu stoppen. Wenn in Moskau ein paar Dollar knistern, ist alles möglich.

SPIEGEL: Auch die Siemens-Brennelementefabrik in Hanau soll in Ruß-



Hipp

land wiederaufgebaut werden.

Hipp: Das ist brutales Umweltdumping. Bei uns mußte die Fabrik wegen Sicherheitsmängeln geschlossen werden.

SPIEGEL: Aber die Siemens-Fabrik würde auch hochgefährliches Waffenplutonium wieder für den Brennstoffkreislauf ziviler Kraftwerke

nutzbar machen. Ist Greenpeace gegen ökologische Lösungen?

Hipp: Das ist die Theorie. Bislang wurde kein Sprengkopf aus einem sowjetischen Atom-U-Boot wieder für die Füllung eines Brennstabs verarbeitet.

SPIEGEL: Auch US-amerikanische Investorengruppen sind mit Unterstützung der Ökologen an einem globalen, sicheren Endlager interessiert. Warum zieht Greenpeace da nicht mit?

Hipp: Irgendwann brauchen wir ein sicheres Endlager. Und für unseren Atommüll sollte das in Deutschland liegen. Wir können nicht Südseeatolle oder sibirische Steppen als atomare Müllkippen kaufen.



Atomanlage Majak: „Brutales Umweltdumping“

SPIEGEL: Also wohin mit dem Atommüll?

Hipp: Wir brauchen natürlich zuerst eine Zwischenlagerung in geeigneten Anlagen. Es ist sinnlos, den Atommüll kreuz und quer durch Europa zu kutschieren, um ihn in ein paar Jahrzehnten einem Endlager zuzuführen.

SPIEGEL: Wird Greenpeace die Regierung beim Atomausstieg unterstützen?

Hipp: Trittin gibt sich Mühe. Aber wir sehen an den Geheimprotokollen, wie die Nuklearbranche weiter ein böses Spiel betreibt.

lassen oder nicht: Es muß – take or pay! – in jedem Fall bezahlt werden.

Für La Hague haben sich die Altkontrakte bereits weitgehend erledigt. Doch in Sellafield, mit dieser überraschenden Nachricht kamen die bedrängten Stromer nun heraus, sei erst etwa ein Drittel der angelieferten Brennelemente aufgearbeitet.

Käme 2000 das Aus für die Wiederaufarbeitung, verlören die Konzerne angeblich rund fünf Milliarden Mark. Denn in der verbleibenden Frist können die Briten, selbst wenn sie es eilig hätten, den Rückstand nicht aufholen. Der größte Teil der Brennstäbe ginge unverarbeitet retour.

Paris und London interessieren sich viel mehr für die „Neuverträge“, die deutsche Stromversorger eingingen, nachdem sie sich 1989 von der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf verabschiedet hatten. Die Kontrakte laufen bis etwa 2005, mit Option auf Verlängerung bis 2015.

Aus den Neuverträgen mit Frankreich und Großbritannien könnten die deutschen Firmen leicht heraus – falls sie Abstandszahlungen von 1,4 Milliarden Mark bezahlen. Noch weniger Probleme haben die Konzerne, wenn sie sich auf höhere Gewalt berufen dürften. Für diesen Fall enthalten die Neuverträge „force majeure“-Klauseln: Verbietet der Staat die Wiederaufarbeitung, sind die Unternehmen auf der sicheren Seite. Trittin hat bereits Entgegenkommen signalisiert.

Für diesen Fall müsse allerdings die Bundesrepublik für die Umsatzausfälle in La Hague und Sellafield geradestehen, fordern Franzosen und Briten unerbittlich –

Endlager Rußland?



schließlich sei der Notenwechsel völkerrechtlich bindend. Trittin bleibt dennoch stur: Die Deutschen, beharrt der Grüne, seien lediglich verpflichtet, ihren Nuklearmüll zurückzuholen.

Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) dämpfte das Selbstbewußtsein des Umweltressortchefs vergangene Woche jedoch empfindlich. Ihre Experten beurteilen die Lage weitaus kritischer. „Natürlich“, so ein Vermerk von Beamten des Justizministeriums (BMJ), könne der Gesetzgeber „von völkerrechtlichen Verpflichtungen abweichende Normen erlassen“.

Nur: „Durch diese Normsetzung verstößt die Bundesrepublik Deutschland

Trügerische Drohkulisse

Viele Milliarden Schadensersatz fordert die Atomindustrie, falls sie ihre Reaktoren stilllegen muß. Tatsächlich jedoch ist ein Ausstieg zum Nulltarif möglich. *Von Stephan Kohler*



Kohler, 46, ist Leiter der Niedersächsischen Energie-Agentur. Die Gesellschaft wurde von der rot-grünen Landesregierung in Hannover unter Ministerpräsident Gerhard Schröder ins Leben gerufen, um Konzepte zum rationellen Einsatz von Energie zu entwickeln. Die Agentur befindet sich mehrheitlich im Besitz der Energiewirtschaft.

Erstmal regiert eine Koalition dieses Land, die die Risiken der Atomwirtschaft für nicht verantwortlich erklärt. Nicht zuletzt diesem Programm verdankt Rot-Grün den Wahlsieg. Einen klareren Wählerauftrag hat es selten gegeben.

Gefordert ist deshalb konsequentes und einmütiges Handeln im Sinne eines schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Atomenergie. Ohne Geschlossenheit droht ein absurdes Ergebnis: Die Regierung billigt den Betreibern für ihre Meiler Betriebszeiten von bis zu 40 Jahren zu und nimmt noch dazu atomkritische Länderregierungen in die Pflicht, ihre Politik der Nadelstiche gegen einzelne Kraftwerke einzustellen. Das zu erreichen, haben sich die AKW-Betreiber in drei Konsensrunden unter der Regierung Kohl vergeblich bemüht.

Mindestens ebenso wichtig aber ist die Frage, in was wir nach dem Ausstieg einsteigen wollen. Sie fand nicht einmal Eingang in die Tagesordnung der Konsensverhandlungen. Die Struktur einer neuen Energiewirtschaft ohne Atomenergie gehört jedoch in den Mittelpunkt der Debatte.

Die Verluste, die entstehen, wenn Atomreaktoren unterhalb von 40 Jahren stillgelegt werden, addieren sich nach Lesart der Betreiber zu zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen. Zwar bleiben die zugrunde gelegten ökonomischen Parameter weitgehend im dunkeln. Dennoch entsteht eine Drohkulisse mit erheblichem Einschüchterungspotential.

Wie sehen die Fakten aus? Weltweit wurden bis heute rund 80 Atomkraftwerke, inklusive Forschungs- und Demonstrationsanlagen, stillgelegt. Bei fast allen kam das Aus unterhalb einer Betriebszeit von 30 Jahren.

In Deutschland sind 19 Atomreaktoren mit einer Leistung von etwa 21000 Megawatt in Betrieb. Ihr Alter liegt zwischen 10 und gut 30 Jahren, wobei bei fast allen älteren Kraftwerken bereits Nachrüstungen in dreistelliger Millionenhöhe notwendig wurden. Kraftwerke werden über maximal 20 Jahre abgeschrieben. Mit anderen Worten: Spätestens im Jahr 2009 sind die Investitionskosten des letzten Meilers über die Strompreise vollständig finanziert.

Die Kraftwerkseigner fordern einen Betrieb ihrer Reaktoren über 40 Jahre, also bis 2029, um so das „goldene Ende“ möglichst lange zu genießen. Ob das Ende golden wird, ist jedoch nicht bewiesen. Im Gegenteil: Nach Laufzeiten von 20 bis 25 Jahren werden fast immer gewaltige Nachrüstungen fällig.

Der Siedewasserreaktor Würiggassen etwa ging 1995 endgültig vom Netz, weil er sich angesichts notwendiger Nachrüstungen in Höhe von etwa 400 Millionen Mark nicht mehr rechnete. Das war nach 23 Jahren Betrieb. Für das Atomkraftwerk

Biblis A werden von der Genehmigungsbehörde derzeit Nachrüstinvestitionen in Höhe von zwei Milliarden Mark angeordnet, nach einem ähnlichen Betriebszeitraum. Im Ausland gibt es vergleichbare Erfahrungen: Das US-amerikanische AKW Zion wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen stillgelegt, als aufwendige Reparaturen ins Haus standen.

Es empfiehlt sich deshalb, die Kraftwerke dann abzuschalten, wenn üblicherweise mit derartigen Investitionen zu rechnen ist, also nach 25 Jahren.

Was bleibt unter diesen Umständen als Grundlage für Schadensersatzforderungen? Die Kosten für Stilllegung und Entsorgung des bis dahin angefallenen Atom- mülls sind nach 20 Jahren über den Strompreis gedeckt, angesammelt in Gestalt von steuerfreien Rückstellungen.

Blieben als einziger wesentlicher Kostenfaktor abgeschriebener Meiler die Betriebskosten für Wartung, Personal, Versicherungen und Brennstoffversorgung. Sie belaufen sich auf rund 4 Pfennig pro Kilowattstunde Strom (Pf/kWh). Auch höhere Beträge werden genannt, so für das AKW Neckarwestheim 7 Pf/kWh.

Über die ökonomische Unvernunft des Atomausstiegs und seine „Entschädigungsfähigkeit“ entscheidet mithin die Antwort auf die Frage, ob die Stromver-



Atomkraftwerk Stade
Das Einvernehmen ist zerbrochen

sorger in der Lage sein werden, nicht-nuklearen Ersatzstrom zu den reinen Betriebskosten der Atomkraftwerke zu produzieren. Das heißt: Der Alternativstrom, der den Atomstrom ersetzen soll, muß mit Kosten von 4 bis 7 Pf/kWh konkurrieren. Kann er das?

Die erstaunliche Antwort lautet ja. Ein Beispiel: Die Kilowattpreise neuer Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke mit einer Leistung von 200 Megawatt liegen bei einem Abschreibungszeitraum von 20 Jahren bei 5,5 Pf/kWh. Werden solche Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung, also bei gleichzeitiger Wärme- und Stromnutzung betrieben, sinken die Stromkosten auf 4,0 Pf/kWh. Konkurrenzfähigkeit gegenüber den reinen Betriebskosten von Atomkraftwerken wäre in vielen Fällen erreicht. Sie wäre es erst recht, wenn auf der Nuklearseite jene Nachrüstungsinvestitionen in die Rechnung aufgenommen werden, die regelmäßig anfallen, wenn die Meiler länger als 25 Jahre am Netz bleiben.

Wenn jedoch Kostengleichheit besteht zwischen Atomstromerzeugung und alternativer Ersatzstromproduktion, können Schadensersatzforderungen schwerlich begründet werden. Das Drohpotential ist vom Tisch.

Die Stilllegung so zu terminieren, daß teure Nachrüstungen nicht mehr anfallen, könnte sich als Königsweg erweisen, die von niemandem gewollte Konfrontation vor den Gerichten zu vermeiden.

Die Bundesregierung kann und muß die Forderung nach kürzeren Restlaufzeiten in den Konsensgesprächen selbstbewußt zum Thema machen.



DIE TAGESZEITUNG

ebenso gewiß gegen Völkerrecht.“ Die Rechtsfachleute rieten daher dringend, „mit Frankreich und Großbritannien über eine einvernehmliche Aufhebung der beiden Notenwechsel zu verhandeln“.

Eilig prüften Däubler-Gmelins Experten auch gleich noch die rot-grüne Atomnovelle, die aus Sicht der Grünen ein Brauurstück darstellt. Die Ministerialen vom BMJ waren wenig beeindruckt. Schon der Text, der am Mittwoch dem Kabinett vorliegt, ist jetzt durch eine „Reihe von Präzisierungen“ verändert. Zu den „besonders problematisch erscheinenden Bereichen“ der Atomnovelle, die Trittin lange unter strengstem Verschluß gehalten hatte, sandten sie dem Umweltministerium einen Fragenkatalog zu – mit der Bitte um baldige Antwort. Eine Generalüberholung der Novelle ist wahrscheinlich.

Trittins Begehren, den Ausstieg unbedingt in den ersten 100 Regierungstagen zu erzwingen, bringt – durch unnötige Hektik – ein Projekt in Schwierigkeiten, das selbst bei den Atombossen längst als unumstritten gilt: Daß der Ausstieg vor allem aus der Wiederaufarbeitung längst überfällig ist.

Seit den frühen sechziger Jahren feilten Atomphysiker in aller Welt an einem Kreislaufsystem aus Schnellen Brutreaktoren, Wiederaufarbeitungsanlagen und Brennelementefabriken. Damit sollte das in der Erdkruste vorhandene Uran um ein Vielfaches besser genutzt werden als in konventionellen Leichtwasserreaktoren.

Das energietechnische Perpetuum mobile blieb allerdings eine Verheißung. Das Brüterprojekt scheiterte, bereits gebaute Anlagen wie die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und der Schnelle Brüter in Kalkar sind Mahnmale einstiger Atomgläubigkeit.

Doch die Trägheit des Systems und seiner Verfechter sorgte dafür, daß die Wiederaufarbeitung von Brennstoff aus konventionellen Leichtwasserreaktoren – eigentlich nur als Futter für die erste Brü-

tergeneration gedacht – in industriellem Stil weiterlief, als die Brüteridee längst tot war. Der Wahnsinn von La Hague und Sellafield nahm seinen Lauf. Den würde Trittin gern sofort beenden.

Der Streit um den Ausstieg ist dem Grünen inzwischen allerdings „manchmal etwas unheimlich“. Daß die deutschen Ausstiegspläne derartige Verwerfungen erzeugen würden, gibt er in ruhigen Momenten zu, „habe ich in dieser Form nicht geahnt“.

Trittins Hauptproblem ist seine für die Politik gelegentlich hinderliche Persönlichkeitsstruktur. Der Einzelgänger neigt zu sparsamer Kommunikation. „Er meldet sich immer erst, wenn es lichterloh brennt“, meint ein führender Grüner.

An schwelenden Brandstellen ist auch im eigenen Land kein Mangel. Die Neigung, Hunderte Atomcontainer nach Gorleben zu eskortieren, ist überall gering. Zumal der in La Hague verwendete Glaskillienbehälter TS28 V nur im Wendland eingelagert werden darf. Für die Zwischenlagerung im westfälischen Ahaus ist er nicht genehmigt.

Da schon jetzt das Land Niedersachsen im Falle von Castor-Transporten polizeilich unterversorgt ist, sind die nun diskutierten 100 Transporte pure Illusion. Das Innenministerium hält „allenfalls durchschnittlich einen Transport pro Jahr“ für machbar. „Ein Rücktransport“ der Castoren „in einem überschaubaren Zeitraum“ sei unmöglich. „Mehr als ein Transport ist undenkbar, wenn der Widerstand nicht endet“, sagt der niedersächsische Innenminister Heiner Bartling (SPD).

Davon ist nicht auszugehen. In einer internen Lageeinschätzung befürchtet das Innenministerium in Hannover „sogar, daß sich der Widerstand in der Bevölkerung gerade auch wegen der rot-grünen Bundesregierung noch einmal wesentlich erhöhen wird“.

Weil die Transporte auch bei den Energieversorgern als nicht durchsetzbar gelten, arbeitet die deutsche Nuklearbranche





W. SCHMIDT / NOVUM

Kanzler Schröder (M.), Atommanager Hartmann, Harig: Sorge um die Restlaufzeit der Meiler

nun selbst an einem Lagerkonzept der besonderen Art.

„Strict confidential“ markierte Dokumente, die dem SPIEGEL und Greenpeace vorliegen, belegen, daß die deutsche Atomindustrie nach dem Vorbild der Schweiz den Export von Atommüll nach Rußland vorbereitet.

Die Eidgenossen wollen ihren strahlenden Müll bis zum Jahr 2030 in der Rüstungsschmiede Tscheljabinsk 40/65 abladen, zu Sowjetzeiten eine „geheime Stadt“. Auf dem Hochsicherheitsgelände im Südrural schieben schwere Raupenbagger Betonkästen mit radioaktivem Abfall in einen See, strahlender Schrott liegt frei herum, in den Hallen lagert Atommüll aus dem ganzen Sowjetreich, der auf Gleisen heranrollt.

Hier wird auch die Zerlegung von Sprengköpfen aus Atom-U-Booten vorbereitet. Das hochgiftige waffenfähige Plutonium 239 soll für zivile Brennelemente verarbeitet werden. Kommen hier alsbald auch deutsche Castoren an?

Zwar ist laut deutschem Atomgesetz eine „Entsorgung im Inland“ vorgeschrieben und in Rußland der Import von radioaktivem Müll verboten. Aber angesichts der vordergründigen Vorteile für beide Seiten – die klammen Russen kämen an Devisen, die Deutschen wären den Müll los – scheint der zynische Deal nicht von vornherein ausgeschlossen.

Als Chefunterhändler für den diskret eingefädelten Coup flog Rußlands Atomminister Jewgenij Adamow mit seinem Vize Walentin Iwanow persönlich in die Schweiz, um das Jahrhundertgeschäft der Schweizer Brennstoff-Kommission sowie den Betreibern der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg vorzustellen.

Demnach will Rußland finanzkräftigen Staaten wie „der Schweiz, Deutschland, Spanien, Südkorea, Taiwan, evtl. Japan“ den Müll abnehmen. Das Angebot des russischen Atomministeriums Minatom umfaßt „weltweite Entsorgungsleistungen“ mit einem Gesamtvolumen von zehn Milliarden US-Dollar.

Beim von den Russen angestrebten Kilopreis von 1000 Dollar gilt die Offerte für

10 000 Tonnen Strahlendreck. Das entspricht dem Nuklearabfall der nächsten 22 Jahre in Deutschland.

Schon hat Gouverneur Alexander Lebed, auf dessen Territorium der zweite russische Plutoniumfriedhof Krasnojarsk-26 liegt, den Stopp für Atomtransporte aus der Ukraine befohlen. Der arme Bruderstaat kann die Preise nicht mehr bezahlen.

Den zahlungskräftigen Westeuropäern aber bieten die Russen laut Protokoll gleich drei Dienstleistungen an: „Zwischenlagerung von Brennelementen (trocken) 20 bis 60 Jahre; Wiederaufarbeitung; Rücknahme von Plutonium durch die Werke.“

Um das anfallende Plutonium nach der Wiederaufarbeitung noch besser verarbeiten zu können, soll gleich eine ganze deutsche Nuklearfabrik in den Ural geschafft werden. Im Protokoll aus der Schweizer Brennstoff-Kommission heißt es:

Die Siemens-Alkem-Anlage soll in Rußland zu stehen kommen. Siemens wird von Rußland Waffen-Plutonium ‚leasen‘. Eine neu gegründete AG wird den Leasing-Vorschlag behandeln. Bei diesem Projekt besteht die Chance, daß es von der deutschen Behörde genehmigt wird. Wird Gorbelen nicht gebaut, wäre eine Beteiligung am Projekt möglich.

Nun soll also die Brennelementefabrik Alkem im hessischen Hanau, die wegen Sicherheitsmängeln im Juni 1991 von dem damaligen Landesumweltminister Joscha Fischer mit Hilfe von Trittins jetzigem Umweltstaatssekretär Rainer Baake stillgelegt wurde, auf Reisen gehen.

Siemens-Sprecher Mark Derbacher bestätigt gegenüber dem SPIEGEL, daß es „deutsch-russische Kooperationsprojekte“ zur „Rückgewinnung von waffenfähigem Plutonium zum Einsatz in zivilen Brennelemente“ gebe.

Dazu sei auch die in Hanau bei Alkem vorhandene Technik „grundsätzlich technisch“ geeignet, eine Verlegung nach Rußland wäre allerdings „nur bei entsprechenden Regierungsabkommen“ der beiden Staaten möglich. Mit einer Ent-

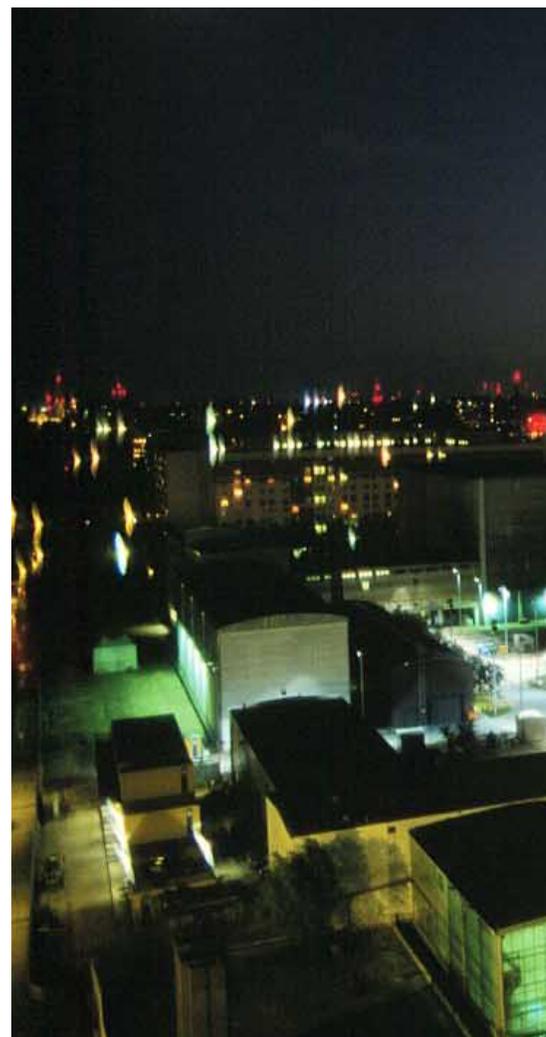
sorgung am Ural will Siemens „nichts zu tun haben“.

Daß es sich nicht nur um Phantastereien handelt, belegt eine Unterschrift auf dem Atomprotokoll. Für die in Eschborn an der Frankfurter Straße 92 ansässige Internexco GmbH hat Geschäftsführer Joachim Madel paraphiert. Die im August 1989 gegründete Handelsgesellschaft für die „Vermarktung der Kernbrennstoff-Komponenten, Urankonversion und Trennarbeit“ ist nicht irgendeine Klitsche.

Gesellschafter der Internexco sind zu 51 Prozent die Moskauer Techsnabexport und zu 49 Prozent die Frankfurter Uranengesellschaft. Und die Uranengesellschaft hat wiederum weitere Gesellschafter, die bei der Entsorgung schon groß im Geschäft sind: Cogma Deutschland, PreussenElektra Hannover, die Steag in Essen sowie die Energie Baden Württemberg AG.

In der Bonner Regierung lösten die bizarren Pläne der deutschen Atomindustrie Überraschung aus. Kanzler Schröder hat bei seinen Energie-Konsensgesprächen ein paar Fragen mehr an die Industrie.

SEBASTIAN KNAUER, GEORG MASCOLO, HENDRIK MUNSBERG, GERD ROSENKRANZ, MICHAEL SCHMIDT-KLINGENBERG, HAJO SCHUMACHER



Berliner Heizkraftwerk Mitte: Folgt womöglich